



Newsletter

Verband der Baustoffhändler Österreichs

In dieser Ausgabe:

Pro Bauen	1
Betriebsurlaub	3

ProBauen:

Die Übergangsphase bis zur Wahl im September bietet neue Chancen für die Anliegen von ProBauen. Jetzt kommt es darauf an, die Politiker im Wahlkampf von unseren Zielen zu überzeugen.

Die politischen Wirren der letzten Wochen haben die Arbeit der Interessenvertretung nicht gerade leichter gemacht. Viele Anliegen, die bereits in die Arbeitsprogramme der zuständigen Ministerien eingeflossen waren, liegen jetzt wieder in einer Schublade mit der Aufschrift „derzeit niemand zuständig“. Gerade für einige der politisch schwierigen Forderungen von ProBauen, der gemeinsamen Interessensinitiative von Baustoffhandel, Immobilienwirtschaft und Baustoffindustrie, bedeutet das vorzeitige Scheitern der Regierung einen Rückschlag. Das gilt vor allem für unsere Wünsche an die Steuerreform, die buchstäblich auf den letzten Metern vor dem Abschluss der Ibiza-Krise zum Opfer fielen. Doch umgekehrt bietet die jetzige Zäsur mit Neuwahlen und neuer Regierungsbildung auch große Chancen. Zum einen durchlaufen wir jetzt eine Periode, in der ein sehr aktives

Parlament ohne fixe Mehrheiten Anträge behandelt. Zwar handelt es sich überwiegend um einzelne Maßnahmen mit Symbolcharakter oder aber Wahlkampf-Wirkung, langfristig wirkende, in die Tiefe gehende Reformen, wie sie im Arbeitsprogramm von ProBauen stehen, werden auf diese Weise kaum umgesetzt werden können. Aber die Abgeordneten sind derzeit so aufnahmefähig und interessiert, wie sonst selten während einer Legislaturperiode. Die Zeit von jetzt bis zum Ausbruch der heißen Phase des Wahlkampfes ist daher günstig, um bei einem erweiterten Kreis von Stakeholdern ein Problembewusstsein für unsere Anliegen zu schaffen und Unterstützung aufzubauen für die Zeit, wenn wieder eine arbeitsfähige Regierung amtiert. Denn hier liegt der zweite Grund, warum die gegenwärtigen Monate sehr gut für Interessenvertretung genutzt werden können: Jetzt sammeln die Parteien Ideen und Positionen für die späteren Regierungsverhandlungen. Damit sich die Anliegen von ProBauen im nächsten Regierungsprogramm wiederfinden, so wie das auch schon 2017 sehr weitgehend gelungen ist, müssen jetzt entsprechende

Gespräche mit den zuständigen Personen in allen Parteien geführt werden – tatsächlich in allen Parteien, denn noch nie war die Frage, welche Koalition nach der nächsten Wahl ausverhandelt werden wird, so ungewiss und damit so offen wie derzeit.

Wie steht ProBauen zum Start dieser spannenden Umbruchphase da?

Zum Positionspapier „Steigerung der Sanierungsrate“ gab es im ersten Halbjahr 2019 eine ganze Reihe von Terminen mit vier Ministerien (Nachhaltigkeit, Justiz, Finanz, Wirtschaft). Diese Arbeit ist trotz Abwahl der Regierung überhaupt nicht verloren, denn die konkreten Vorschläge wurden an die Beamtenebene weitergereicht, dort wird an der Klimastrategie unabhängig von der politischen Situation weitergearbeitet. Um einiges schwieriger werden Änderungen im Mietrecht und im Wohnungseigentumsgesetz umsetzbar sein, weil es sich dabei um eine insgesamt sehr reformresistente, komplexe Materie handelt – ein Dauerbrenner ähnlich der Gesundheits- oder der Bildungsreform. Wir können aber fast mit Sicherheit davon ausgehen, dass die nächste Regierung Wohnrechtsreformen auf die Agenda setzen wird, möglicherweise eskaliert ein Issue wie „leistbares Wohnen“ oder „Wohnen und Klimaschutz“ sogar zum Wahlkampfthema.

Was die nächsten Monate bringen

Was wir beim Regierungsprogramm 2017 erreicht haben, wird sicher nicht unverändert in die nächste Koalitionsvereinbarung übernommen werden, selbst wenn nach der Wahl – wie nach den Umfragen zu erwarten – wieder eine ÖVP-dominierte Regierung gebildet wird. Allerdings bilden diese bereits einmal akzeptierten Punkte eine tragfähige Ausgangsbasis für neue Bemühungen. Wir überarbeiten gerade das Forderungspapier aus dem Wahlkampf 2017, um es auf die sich

abzeichnenden neuen Schwerpunkte und Anliegen von ProBauen abzustimmen – zum Beispiel wird Klimaschutz im aktuellen Wahlkampf eine deutlich größere Rolle spielen als vor zwei Jahren.

Unsere Arbeit soll also im nächsten halben Jahr auf zwei Ebenen weiterverfolgt werden: auf technischer Ebene durch fortgesetzte Kontakte zu den inhaltlich arbeitenden Beamten, und auf politischer Ebene durch Gespräche mit den voraussichtlich Zuständigen für die jeweiligen Kapitel des nächsten Regierungsprogramms. Parallel dazu gewinnen die Länder weiter an Bedeutung. Dort bleibt die Kontinuität ja zunächst erhalten, die zuständigen Landesräte haben sich nicht geändert. Nach den Wahlen sind aber personelle Wechsel möglich, denn die Landesregierungen und Landtagsklubs bilden vor allem bei ÖVP und SPÖ eine wichtige Personalreserve, von dort könnten künftige Minister kommen. Jedenfalls aber werden die Länder beim nächsten Regierungsprogramm ein gewichtiges Wort mitzureden haben. In diesem Zusammenhang ergeht der Appell an alle Mitglieder von ProBauen: Wo immer sich in den Ländern oder sonst auf regionaler Ebene Kontaktchancen zu Vertretern der Politik ergeben, sollten diese genutzt werden, um an unsere Anliegen zu erinnern. Für die konkrete Organisation solcher Gespräche, die Aufbereitung von schriftlichen Unterlagen oder sonstige inhaltliche Vorbereitungen greifen Sie bitte auf unser Beraterteam von Kovar & Partners zurück.

Betriebsurlaub VBÖ Büro

Das VBÖ Büro ist in der Zeit von **29. Juli bis 18. August** urlaubsbedingt geschlossen. In dringenden Fällen erreichen Sie uns unter +43676 6229980 oder unter susanne.aigner@verband-bau.at.